



Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

**HANDELSABTEILUNG**

Département fédéral de l'économie publique

**DIVISION DU COMMERCE**

17.9.65

V e r t r a u l i c hBericht über die Sitzfrage der UNCTAD

Am 28. April 1965 hatte der UNCTAD-Rat in New York auf starken Druck der Entwicklungsländer, unter Berufung auf die traditionelle Rolle Genfs, das durch die schweizerische Neutralitätspolitik geschaffene günstige Klima und die Notwendigkeit einer Schwerpunktbildung wirtschaftlicher Organisationen an einem zentralen Ort, einstimmig beschlossen, das Sekretariat der UNCTAD am europäischen Amtssitz der UNO zu errichten. Am 13. September 1965 hat der UNCTAD-Rat in Genf nach viertägiger Debatte und einer Sonntags- und Nachtsitzung, in deren Verlauf seitens der Entwicklungsländer die Haltung Genfs mehrfach heftig diskutiert worden ist, ohne Gegenstimme, mit 5 Enthaltungen, diesen Beschluss suspendiert. Für die Herbeiführung des endgültigen Entscheides in der Sitzfrage wird zum ungewöhnlichen Mittel der Einberufung einer Sondersession des Rates am 28. Oktober in New York gegriffen, trotz der damit verbundenen Verzögerungen bei der Rekrutierung des Sekretariats und der Durchführung der von den Entwicklungsländern als ausserordentlich dringend erachteten Arbeitsprogramme der UNCTAD (Beilage 1).

Diese Entwicklung ist aufsehenerregend und berührt in direkter Weise das internationale Ansehen der Schweiz. Sie birgt die Gefahr einer Entwertung der schweizerischen Neutralitätspolitik in den Augen der Entwicklungsländer in sich. Es ist daher unerlässlich, die Gründe für diesen Umschwung sorgfältig zu analysieren und die Massnahmen, die sich zum Auffangen dieser Tendenzen aufdrängen, ohne Verzug zu beschliessen. Es handelt sich dabei in erster Linie weniger darum, den Sitz der UNCTAD unbedingt Genf vorzubehalten, als zu verhindern, dass eine nachträgliche Sitzverlegung nach Rom als Ausdruck einer gegen Genf und die Schweiz ge-



- 2 -

richteten politischen Haltung gewertet wird. Die internationale Mission Genfs und die Eignung dieser Stadt für die Abhaltung internationaler Konferenzen sollten nicht in Frage gestellt erscheinen.

Auf weitere Sicht könnte ein Stimmungsumschwung der Entwicklungsländer gegen die Schweiz auch dazu führen, dass die schweizerische Nichtmitgliedschaft bei der UNO angefochten und die im Vergleich zu anderen Staaten bescheidenen schweizerischen Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe kritischer beurteilt würden.

I. Verlauf der Debatte über den Amtssitz während der zweiten Session des UNCTAD-Rates in Genf vom 24. August bis 15. September

---

Während des Sommers hatten sich die Meldungen aus den verschiedenen Hauptstädten verdichtet, wonach die italienische Regierung trotz des in New York gefassten einstimmigen Beschlusses ihre Kampagne zugunsten Roms fortsetze und sogar intensiviere. Informationen seitens des UNO-Sekretariats und aus der unmittelbaren Umgebung Prebischs bestätigten dies, wobei darauf hingewiesen wurde, dass diese Kampagne durch zwei Faktoren besonders begünstigt werde, nämlich die von der Genfer Regierung verlangte Beschränkung des neuen Sekretariats auf 200 und das Fehlen einer offiziellen Erklärung der schweizerischen Regierung, dass die UNCTAD in Genf willkommen sei. Prebisch liess den Unterzeichneten durch einen Mittelsmann wissen, dass eine eindeutige Erklärung bei Beginn der Ratssession die Situation retten würde, insbesondere wenn dabei auch die Möglichkeit einer Dezentralisierung in Richtung Lausanne erwähnt werden könnte. Die englische Regierung intervenierte in Bern im gleichen Sinne.

Nachdem der Bundesrat bereits am 13. August ein entsprechendes Communiqué veröffentlicht hatte, wurde daher der schweizerische Delegationschef ermächtigt, an der Eröffnungssitzung des Rates vom 24. August im Namen des Bundesrates eine Begrüssungs-

Botschaft zu verlesen und zu bestätigen, dass angesichts der Bedeutung der UNCTAD von der Schweiz und Genf alle Vorkehrungen getroffen würden, um das UNCTAD-Sekretariat ohne irgendwelche Beschränkungen in Genf unterzubringen. Gleichzeitig wurde das Projekt zur Schaffung eines internationalen Zentrums in Lausanne bekanntgegeben, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass es unabhängig von der Sitzfrage der UNCTAD behandelt werde.

Sofort nach Verlesen der Botschaft des Bundesrates meldeten sich Uruguay, Ghana und Tansanien zum Wort und verlangten, dass die schweizerische Erklärung als Konferenzdokument in Zirkulation gesetzt werde. Der italienische Delegationschef, Unterstaatssekretär Zagari, verlas sodann eine längere Erklärung, in der die italienische Offerte bestätigt und mit den am Genfer Sitz der UNO aufgetretenen Schwierigkeiten begründet wurde. Zagari zitierte eine Reihe von Äusserungen des UNO-Generalsekretärs über die Notwendigkeit eines Ausbaus und einer Reorganisation des europäischen Sitzes. Dies bewiese, dass der europäische Sitz den Anforderungen nicht mehr genügen könne, sodass die Belastung Genfs mit einer zusätzlichen Tätigkeit der UNO ausgeschlossen erscheine. Einzig der Vertreter Grossbritanniens verdankte mit warmen Worten die schweizerische Botschaft, die jede weitere Diskussion überflüssig erscheinen lasse.

In der Folge verlangte Tansanien, dass der Generalsekretär unverzüglich einen Bericht über die Verhältnisse am Genfer Amtssitz unterbreite und dass dieser Bericht auf die Traktandenliste gesetzt werde. Ferner verlangte er, dass das Amtssitzabkommen zwischen der Schweiz und den Vereinten Nationen als Konferenzdokument in Zirkulation gesetzt werde, damit die Delegationen sich vergewissern könnten, ob ihnen schweizerischerseits die vertraglich zugesicherten Privilegien auch tatsächlich gewährt würden.

Die schweizerische Eröffnungserklärung konnte somit nicht verhindern, dass die Amtssitzfrage doch noch nachträglich auf die Traktandenliste gesetzt wurde. Dies wäre jedoch ohne schweizerische Erklärung noch in viel schrofferer Form gefordert worden, wie

- 4 -

aus dem von der italienischen Delegation verteilten schriftlichen Text des Votums von Staatssekretär Zagari ersichtlich war, aus dem beim mündlichen Vortrag angesichts der schweizerischen Botschaft eine Reihe von wichtigen Punkten weggelassen wurden. Die tansanische Delegation erklärte nach der Sitzung, dass sie beabsichtigt hatte, von der Schweiz eine offizielle Stellungnahme zu verlangen.

Am Freitag, den 27. August, veröffentlichte Prebisch seinen Zwischenbericht über die Amtssitzfrage (TD/B/27) (Beilage 2). Am gleichen Tag veranstaltete der Bundesrat zusammen mit den Genfer Behörden ein Abendessen zu Ehren sämtlicher Delegationen auf dem Genfersee. Die dadurch gebotene Möglichkeit einer freundschaftlichen Kontaktnahme sowie die Tatsache, dass der Bericht des Sekretariats die in Genf bestehenden Schwierigkeiten zwar ohne Beschönigung erwähnte, sie jedoch nicht als unüberwindlich darstellte, führte, zusammen mit der bundesrätlichen Erklärung vom 24. August, zu einer sichtlichen Verbesserung der Stimmung gegenüber Genf. Die anfänglich mit Schärfe verlangte sofortige Debatte über den Bericht Prebischs wurde verschoben, um Zeit zu gewinnen für informelle Konsultationen zwischen den verschiedenen Gruppen. Die schweizerische Delegation benützte diese Atempause, um ein Memorandum über die von der Schweiz in Genf geplanten Massnahmen zugunsten internationaler Organisationen in Zirkulation zu setzen (Beilage 3) und um die wichtigsten Vertreter der Entwicklungsländer an einem Mittagessen mit dem Präsidenten des Genfer Regierungsrates und Herrn Regierungsrat Peyrot in Kontakt zu bringen.

Die informellen Gespräche innerhalb der einzelnen Staaten-  
gruppen führten jedoch zu keiner Lösung. Die Gruppe der westlichen Industriestaaten beschloss, in der Amtssitzfrage keine einheitliche Haltung anzustreben. In der Gruppe der Entwicklungsländer schienen sich die Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen. Angesichts der immer verworrener werdenden Lage beschloss das Ratspräsidium, die Diskussion am Freitag, den 10. September, im Plenum freizugeben.

Die den ganzen Tag füllende Debatte bestätigte, dass die Einstimmigkeit, die in New York zustande gekommen war, nicht mehr be-

stand, dass aber andererseits keine Alternativlösung die Oberhand gewinnen würde. Dies vor allem deshalb, weil inzwischen Nigerien und Aethiopien ihre Hauptstädte als neuen Sitz der UNCTAD in Vorschlag brachten. Die Kandidatur Roms trat in den Hintergrund gegenüber den neuen Ansprüchen der Afrikaner auf den Amtssitz, die von den Lateinamerikanern und den Asiaten, und in den Kulissen auch von Prebisch, heftig bekämpft wurden. Um den Eindruck zu verstärken, dass ein Abgehen vom New Yorker Beschluss eine wahre Pandora-Büchse öffnen würde, unterbreitete die britische Delegation, nachdem sie nochmals nachdrücklich für Genf eingetreten war, offiziell die Kandidatur Londons. Die Debatte führte zu einer völligen Zersplitterung der Meinungen.

Es waren vor allem die afrikanischen Delegationen, die sich mit den in Genf herrschenden Verhältnissen kritisch auseinandersetzten: Die Gefühle der traditionellen Gastfreundschaft der Genfer würden allmählich sauer (Nigerien). Genf sei ein wirklichkeitsfremder Elfenbeinturm (Aethiopien). Die Schwierigkeit, Telefon- und Telexanschlüsse zu erhalten, sei grösser als in Afrika (Ghana und Jamaika). Die Genfer Bevölkerung sei ausgesprochen feindselig eingestellt (Jamaika). Faschistische "vigilants" hätten die Mehrheit im Stadtrat (Tansanien). Die für Rom eintretenden lateinamerikanischen Delegationen wiesen auf die Notwendigkeit einer grösseren Autonomie und freien Entfaltungsmöglichkeit für die UNCTAD hin. Umgekehrt beteiligten sich die westeuropäischen Delegationen, die schon lange in Genf beheimatet sind und sich dort offensichtlich wohl fühlen, nur sehr sporadisch an der Debatte. Mit Ausnahme einer kurzen Intervention Schwedens unter dem Motto "We don't feel very strongly one way or the other" verhielten sich die kleinen EFTA-Staaten, einschliesslich Oesterreichs, durchaus schweigsam, die USA, die im April mit der Kandidatur New Yorks geschlagen worden waren, bewusst schadenfreudig und die Bundesrepublik Deutschland wegen der Zulassung ostdeutscher Beobachter betont feindselig. Immerhin bewies die Tatsache, dass die Beibehaltung des Amtssitzes in Genf

am eindeutigsten von Grossbritannien und Frankreich gefordert wurde, dass es sich bei der Auseinandersetzung zwischen Genf und Rom nicht um einen EFTA/EWG-Streit handeln kann. Auch haben eine Reihe von Entwicklungsländern offen vor der Gefahr gewarnt, einen einstimmigen Ratsbeschluss an der nachfolgenden Session wieder in Frage zu stellen. Die in Genf aufgetretenen Schwierigkeiten rechtfertigten keine derart weitgehenden Konsequenzen (Madagaskar, Philippinen und Indien). In den Kulissen sind vor allem Pakistan, U.A.R. und Marokko für Genf eingetreten. Der pakistanische Delegationschef Ayub soll an einer geschlossenen Sitzung in diesem Sinne einen sehr eindrücklichen Appell an die Gruppen der Entwicklungsländer gerichtet haben.

Die Lage schien ausweglos geworden zu sein, als sich am Ende des Tages der italienische Delegationschef mit der Bemerkung zum Worte meldete, dass Italien, welches durch die Kandidatur Roms offensichtlich die Verantwortung für diese Debatte trage, als letzte Delegation zu sprechen wünsche. Man erwartete allgemein mit Erleichterung, dass Italien die Kandidatur Roms zurückziehen werde, und es ist nicht ausgeschlossen, dass der Italiener dies auch tatsächlich beabsichtigte. In diesem Moment verlangte jedoch Tansanien das Wort, und der Italiener bat, seine Intervention verschieben zu dürfen.

Tansanien erklärte, dass durch die von ihm selber vorgeschlagene Formulierung des Traktandums "Rapport intérimaire du Secrétaire général de la Conférence sur les questions relatives au siège du secrétariat de l'UNCTAD" der New Yorker Beschluss ausser Kraft gesetzt worden sei und somit ein neuer Entscheid herbeigeführt werden müsse. Dies bildete den Anlass für Italien, nochmals in einer

langen Erklärung die Vorteile Roms gegenüber Genf und die Gründe für die Sitzverlegung von Genf nach Rom hervorzuheben. Der endgültige Entscheid könne ohnehin nicht vom Rat, sondern nur von der UNO-Generalversammlung gefasst werden. Mit diesem Votum wurde eine dreitägige Verfahrensdebatte eröffnet, die das ganze Wochenende füllte und die übrigen Arbeiten des Rates völlig lahmlegte.

Belgien und Frankreich kommt das Verdienst zu, versucht zu haben, eine Bestätigung des New Yorker Beschlusses durchzusetzen. Dieser Versuch scheiterte an der Opposition Afrikas, das zumindest eine ernsthafte Prüfung der Alternativen Lagos und Addis-Abeba aus Prestige Gründen erzwingen wollte. Der französische Antrag wurde mit 33 gegen 12 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, unter ausdrücklicher Nichtbeteiligung der Schweiz an der Abstimmung, abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten sämtliche Entwicklungsländer sowie Italien, Deutschland, Holland und Spanien. Für den Antrag stimmten die übrigen westlichen Industriestaaten. Stimmenthaltungen übten die osteuropäischen Länder und die Philippinen.

Nachdem am folgenden Tag auf direkte Befragung Prebisch erklärte, Rekrutierung und Durchführung des weiteren Arbeitsprogramms der UNCTAD würden entscheidend behindert, wenn kein sofortiger Beschluss herbeigeführt werde, brachten die lateinamerikanischen Staaten einen Resolutionsentwurf ein, wonach in geheimer Abstimmung sofort zwischen den verschiedenen Kandidaturen und dem europäischen Sitz eine endgültige Wahl getroffen werden sollte. Dieser Antrag wurde wiederum von den Afrikanern bekämpft. Nigerien brachte mit Unterstützung Grossbritanniens einen Gegenantrag ein, wonach vorerst ein einlässlicher, vergleichender Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten ausgearbeitet und die Beschlussfassung auf die nächste Ratssession vertagt werden sollte.

In weiteren Konsultationen wurde schliesslich von den Entwicklungsländern ein Kompromissantrag ausgearbeitet, der das lateinamerikanische Abstimmungsverfahren übernimmt, jedoch einen vorherigen vergleichenden Bericht des Generalsekretärs verlangt und, um den dadurch bedingten Zeitaufwand auf ein Minimum zu beschränken, eine Sondersitzung des Rates auf den 28. Oktober in New York einberuft. In diesem Augenblick bekannten die osteuropäischen Staaten erstmals Farbe, indem sie eine Ergänzung der Resolution in dem Sinne verlang-

ten, dass in der Zwischenzeit der Sitz des Sekretariats in Genf verbleibe und dass in der Einleitung nicht mehr von einer Wiedererwägung, sondern nur von einer Prüfung des New Yorker Beschlusses gesprochen werde. Mit diesen Abänderungen wurde der Antrag mit 45 Stimmen und 5 Enthaltungen (Australien, Kanada, USA, Japan und Grossbritannien), ohne Gegenstimme, unter Nichtbeteiligung der Schweiz an der Abstimmung, angenommen (Beilage 1). Eine Reihe westlicher Industriestaaten, insbesondere Kanada, bezweifelten die Möglichkeit für den Generalsekretär, innert Monatsfrist einen wohlfundierten Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten ausarbeiten zu können, und verlangten, dass dieser Bericht neben den finanziellen Auswirkungen auch die Rekrutierungsmöglichkeiten in den verschiedenen Städten sowie die dort bestehenden Konferenz- und Dokumentationsdienste, Unterkunftsmöglichkeiten, Schulen für die Kinder des Personals etc. erwähne. Diese Präzisierungen sollen nach Ansicht der kanadischen Delegation dazu dienen, den Ausschlag zugunsten Genfs zu geben.

Die voreingenommene Haltung des tansanischen "Rapporteur" kam am letzten Tag nochmals in der Tatsache zum Ausdruck, dass sein Bericht über die Ratssession weder im Passus über die Eröffnungssitzung noch in Abschnitt VIII über die Amtssitzfrage die Botschaft des Bundesrates vom 24. August erwähnt. Die schweizerische Delegation musste einen entsprechenden Ergänzungsantrag einbringen und auch die Zusammenfassung der von ihr abgegebenen Voten (§ 11) beanstanden. Der Bericht konnte aber auch vom Rat wegen weiterer Mängel nicht genehmigt werden und wird an der Sondersession des Rates in New York vom 25. bis 27. Oktober zur Diskussion stehen.

## II. Stellungnahme der schweizerischen Delegation

Die schweizerische Delegation bemühte sich sowohl in den Kulissengesprächen als auch in ihrer zweimaligen Intervention im Plenum, zwei Erwägungen in den Vordergrund zu stellen: einerseits die Tatsache, dass die Schweiz keine nationalen Interessen verfolge und daher auch keine Kandidatur aufgestellt habe; andererseits die Bereitschaft, eine auf objektiven und funktionellen Kriterien beruhende eindeutige Willensäusserung des Rates zugunsten einer Amtssitznahme in Genf zu honorieren und alle in unserer Macht liegenden Vorkehren zu treffen, um der UNCTAD die Arbeit in Genf zu erleichtern. Die schweizerische Delegation anerkannte die durch die Konzentration



- 9 -

internationaler Organisationen in Genf geschaffenen Schwierigkeiten, bemühte sich jedoch darzulegen, dass Massnahmen getroffen würden, um das UNO-Gebäude zu entlasten und den zukünftigen Anforderungen besser gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang wurde auf das FIPOI-Projekt eines Konferenz- und eines Bureaugebäudes hingewiesen.

Ferner war die schweizerische Delegation bemüht, den Eindruck einer feindseligen Haltung der Genfer Bevölkerung zu bekämpfen. Sie wurde in diesem Bestreben unterstützt durch die eindeutigen Darlegungen der Genfer Regierungsvertreter am erwähnten Mittagessen mit den Entwicklungsländern und die ihr zur Verfügung gestellte Erklärung des Genfer Regierungsrates (Beilage 4). Umgekehrt vermied es die schweizerische Delegation, auf die einzelnen zum Teil böswilligen Anschuldigungen gegen Genf spezifisch zu antworten, weil die Gefahr bestand, dass eine derartige Kontroverse zu einer Aufzählung weiterer Zwischenfälle, die sich in Genf ereignet hatten, führen würde. Auch erwähnte sie im Verlauf der Debatte das Lausanner Projekt nicht weiter, weil dies als Bestätigung der Unmöglichkeit, die UNCTAD in Genf unterzubringen, angesehen worden wäre. Lausanne hätte keine Chancen, gegenüber Rom bevorzugt zu werden.

Die Haupterklärung der schweizerischen Delegation (Beilage 5) wurde vor allem deshalb von den Entwicklungsländern positiv aufgenommen, weil die Schweiz vermied, mit den Kandidaturen Nigeriens und Aethiopiens in Konkurrenz zu treten. Die in unserer Erklärung zum Ausdruck gebrachte Zurückhaltung sollte ferner dazu dienen, im Falle eines schliesslichen Entscheides zugunsten Roms die negativen Auswirkungen für Genf zu mildern.

### III. Gründe, die zur Wiedererwägung des New Yorker Beschlusses geführt haben

---

Es wäre falsch zu glauben, dass einzig wegen des Genfer Malaise der New Yorker Beschluss suspendiert worden ist. Trotzdem hat das Malaise, wie dies von der schweizerischen Delegation schon im April

aus New York gemeldet worden war, eine wichtige Rolle gespielt. Es bot zudem denjenigen Entwicklungsländern, die aus anderen Erwägungen eine Verlegung des Amtssitzes an einen Ort ausserhalb des europäischen Bureaus der Vereinten Nationen befürworteten, ein willkommenes zusätzliches Argument und wurde entsprechend hochgespielt. Im folgenden soll versucht werden, einerseits die mit der Schweiz in keinem Zusammenhang stehenden Gründe für die Wiedererwägung zu analysieren und andererseits die gegen Genf offiziell und inoffiziell aufgeführten Klagen systematisch darzulegen.

A. Das wichtigste neue politische Element liegt zweifellos im Wunsch gewisser afrikanischer Staaten, den Amtssitz der UNCTAD in ein Entwicklungsland zu verlegen. Dieser Wunsch geht auf das Bestreben zurück, einerseits die politische Bedeutung der neuen Staaten ins Rampenlicht zu rücken und andererseits eine Einnahmequelle durch die mit Konferenzen verbundenen Auslagen der Delegationen zu erhalten. Es soll auf diese Weise der Tourismus nach entfernten Entwicklungsländern gefördert werden.

Ein zweiter Grund liegt in der Annahme, dass die UNCTAD sich besser entfalten könne, wenn sie auch geographisch über eine Autonomie gegenüber der UNO verfüge. Viele Delegationen fürchten, dass die UNCTAD in Genf durch die dort bestehenden Organisationen, insbesondere das GATT, erdrückt werden könnte. Diese Auffassung wird von den fortgeschritteneren Entwicklungsländern, wie z.B. Indien, Pakistan und U.A.R., nicht geteilt, die einsehen, dass der von der UNCTAD ausgelöste politische Druck sich besser auswirken kann, wenn diese ihre Tätigkeit am gleichen Ort wie die bestehenden Wirtschaftsorganisationen entfaltet.

Ein dritter Grund liegt in der kritischen Einstellung vieler Delegationen gegenüber der UNO als Weltorganisation. Es herrscht ein Drang nach neuen, von der UNO losgelösten Formen der internationalen Zusammenarbeit. Dieser wird natürlich von den China nahestehenden Ländern, wie Tansanien, besonders gefördert.

B. Die gegen Genf aufgeführten Erwägungen lassen sich in drei Gruppen gliedern.

1. Missverständene Haltung der Schweiz

Die durch die Rücksichtnahme auf die politischen Verhältnisse in Genf bedingte Zurückhaltung der schweizerischen Delegation in New York und die wegen der Vorbehalte Genfs verspätete offizielle Stellungnahme der schweizerischen Regierung wurde als mangelnde Bereitschaft zur Aufnahme der UNCTAD in Genf ausgelegt. Die UNCTAD als zentrale und zukunftsreiche Tätigkeit der UNO wolle in Genf nicht "lediglich geduldet" (Ausspruch Nigeriens) werden. Die Passivität der Schweiz ist im Vergleich zu der ausserordentlichen Werbetätigkeit Italiens als Interesselosigkeit gedeutet worden. Angesichts der öffentlichen Anfeindungen der internationalen Beamten in der Genfer Presse wäre eine eindeutigere positive Haltung der Behörden erforderlich gewesen, um diesen Eindruck rechtzeitig zu verwischen. Die Bedeutung der U Thant gegenüber abgegebenen Zusicherungen ist von den Mitgliedstaaten nicht erfasst worden. Gerade die jungen Staaten Afrikas sind sich gewohnt, umworben zu werden, und betrachten jede Zurückhaltung als Ausdruck einer versteckten Feindseligkeit.

Wie wir im April aus New York gemeldet hatten, erweckte die Tatsache, dass das FIPOI-Referendum wegen eines Beitrages von 50'000 Franken ergriffen worden war, den Eindruck der Kleinlichkeit und Gewinnsucht. Die Italiener haben es verstanden, die Generosität ihrer Offerte ins beste Licht zu rücken. Sie unterstrichen immer wieder, dass in Rom Konferenzsäle und Bureauräumlichkeiten gratis zur Verfügung gestellt und alle an den bestehenden Gebäuden allenfalls erforderlichen Abänderungen von der italienischen Regierung auf eigene Kosten ausgeführt würden. Prebisch schürte diese Stimmung, indem er in einer geschlossenen Sitzung der Delegationen der Entwicklungsländer erklärte, die Schweiz sei zwar politisch neutral, was vom schweizerischen Kapital jedoch nicht gesagt werden könne.

## 2. Materielle Schwierigkeiten in Genf

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Konferenzdienste des Genfer Sitzes der UNO überlastet sind. Zudem liegt der Verdacht nahe, dass das Genfer Bureau der UNO keine besonderen Anstrengungen unternommen hat, der UNCTAD bei ihrer Einrichtung behilflich zu sein. So wurden beispielsweise während der ersten Konferenztage die Ratssitzungen in einen offensichtlich zu kleinen Konferenzsaal verlegt, obschon der grosse Sitzungssaal unbenutzt war. Dies verstärkte den Eindruck, dass in Genf keine Expansionsmöglichkeiten für die UNCTAD bestehen würden. Die von der Genfer Regierung ursprünglich aufgestellte Bedingung, dass das UNCTAD-Sekretariat auf 200 Personen beschränkt bleiben müsse, wurde von den Befürwortern Roms weidlich ausgenutzt.

Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung neuer Telephon- und Telexanschlüsse sind zu offensichtlich geworden, um keine abschreckende Wirkung zu haben. Nigerien erklärte, es sei leichter, in Lagos ein Auslandsgespräch aufzugeben als in Genf.

## 3. Psychologische Gründe

Genf hat sein internationales Ansehen zur Zeit des Völkerbundes erlangt, als die dritte Welt noch im Stadium des Kolonialismus war. Die neuen Staaten, die die Struktur der Mitgliedschaft der UNO verändert haben, besitzen keine traditionellen Bande zu Genf. Ihre Vertreter verfügen auch nicht über die gleichen persönlichen Beziehungen zur Genfer Gesellschaft. Sie leiden unter Kontaktschwierigkeiten und verkennen die Tatsache, dass nach den demokratischen Gepflogenheiten der Schweiz ausländischen Würdeträgern nicht mit betonter Ehrerbietung und Unterwürfigkeit begegnet wird. Gleichbehandlung mit dem einfachen Bürger bedeutet für sie absichtliche Zurücksetzung. Vor diesem emotionellen Hintergrund hat sich die Kampagne der "vigilants" natürlich besonders verheerend ausgewirkt.

#### IV. Vorschläge für das weitere Vorgehen

Es darf unter keinen Umständen angenommen werden, dass durch die vorläufige Beibehaltung Genfs als provisorischer Amtssitz eine spätere Verlegung nach Rom nicht mehr in Frage komme. Es ist zwar anzunehmen, dass von den 55 Mitgliedstaaten des UNCTAD-Rates heute noch die Mehrheit Genf bevorzugt. Die Gruppe der Entwicklungsländer, die zahlenmässig den Ausschlag gibt, wird jedoch zweifellos bis zum 28. Oktober versuchen, eine einheitliche Haltung zurückzugewinnen. Nachdem die Entwicklungsländer in allen Sachfragen solidarisch vorgegangen sind, wäre es in der Tat überraschend, wenn sie sich durch die an sich nicht sehr bedeutungsvolle Amtssitzfrage spalten liessen. Nach vertraulichen Informationen soll unter den Delegationen der Entwicklungsländer bereits ein "Gentlemen's Agreement" abgeschlossen worden sein, wonach diese Gruppe am Vortag des 28. Oktober unter sich eine geheime Abstimmung durchführen und sich durch den Mehrheitsbeschluss in der Wahl der Amtssitzfrage gebunden erachten wird. Innerhalb der Entwicklungsländer halten sich die Anhänger Genfs und Roms jedoch ziemlich genau die Waage. Die asiatischen Staaten sind mehrheitlich für Genf (mit Ausnahme von Iran und Irak), die lateinamerikanischen fast vollzählig für Rom und die afrikanischen Länder sind gespalten. Ausschlaggebend dürfte sein, ob es gelingt, wenigstens zwei lateinamerikanische Staaten zur Stimmabgabe zugunsten Genfs zu bewegen, nämlich Mexiko und Brasilien.

In der Zwischenzeit wird die italienische Diplomatie mit aller Energie ihre Kampagne fortsetzen. Die Reise Sarragats und Fanfanis durch Lateinamerika wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sollte Fanfani zum Präsidenten der nächsten UNO-Generalversammlung gewählt werden, an der auch der Papst persönlich teilnehmen wird, würden sich die italienischen Einflussmöglichkeiten noch verstärken.

Angesichts dieser Lage ist ein zielbewusstes und rasches Vorgehen der Schweiz erforderlich. Eine Reihe von Massnahmen müssen unverzüglich durchgeführt werden, nicht nur um zu versuchen, den Amtssitz der UNCTAD in Genf beizubehalten, sondern vor allem auch, um

das in Frage gestellte Ansehen Genfs als Konferenzstadt wiederum zu festigen.

Auf Grund der gesammelten Erfahrungen würden folgende Schritte als besonders angezeigt erscheinen:

A. Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für die internationalen Organisationen in Genf

1. Behebung der aufgetretenen Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Sektor der Telekommunikationen. Diese Massnahmen müssen so rasch als möglich getroffen werden, damit sie in der weiteren Diskussion als Beweis für die Ernsthaftigkeit der schweizerischen Bereitschaft, die Arbeitsbedingungen der internationalen Organisationen zu verbessern, aufgeführt werden können. Es wäre übrigens zu prüfen, ob die Schweiz auf Grund des Amtssitzabkommens mit der UNO nicht verpflichtet ist, den Delegationen und UNO-Funktionären für Telefon- und Telexanschlüsse Prioritäten einzuräumen.
2. Förderung des FIPOI-Projektes eines Konferenzentrums. Auch hier wäre es wünschbar, konkrete Schritte durchzuführen, die als Beweis dafür gelten würden, dass kein Verzug bei der Verwirklichung dieses Baues eintritt. Jede neue Etappe sollte der Öffentlichkeit bekanntgegeben und publizistisch ausgewertet werden.
3. Prüfung, in welchem Umfang die Infrastruktur in Genf noch erweitert werden muss, um den erhöhten Anforderungen zu genügen. Die zwischen Bund und Kanton Genf in Aussicht genommene Prüfung der Frage, ob allfällige Beitragsleistungen des Bundes gerechtfertigt erscheinen, sollte im Interesse der Vermeidung einer erneuten Verzögerung des unerlässlichen koordinierten Vorgehens der Schweizer und Genfer Behörden möglichst rasch abgeschlossen werden.
4. Vermeidung einer Verschlechterung des status quo, z.B. durch Aufhebung der CAFCO, Beschränkung der Privilegien und Immu-

nitäten, Verschärfung der Kreditbedingungen für die Ausbauprojekte der internationalen Organisationen etc.

5. Laufender Kontakt mit den Sekretariatsstellen, die den Vergleichsbericht über die verschiedenen Amtssitze ausarbeiten.
6. Einwirkung auf die in Genf etablierten internationalen Organisationen, einschliesslich GATT, damit diese ihre offene Opposition gegen die Sitznahme der UNCTAD aufgeben.

Zur Verbesserung des psychologischen und politischen Klimas:

7. Schaffung einer ständigen schweizerischen Delegation beim europäischen Sitz der UNO auf Ministerebene, um die Kontakte mit den Delegationen pflegen und die Beziehungen zwischen den Chefdelegierten, insbesondere der Entwicklungsländer, und der Genfer Gesellschaft fördern zu können.
8. Schaffung eines Genfer Cercle zur periodischen Pflege der Beziehungen zu den "Internationalen" (ev. Reaktivierung bereits bestehender, den Anforderungen aber nicht mehr entsprechender Gruppen).
9. Regelmässige Kontakte mit den internationalen Beamten, die Schweizerbürger sind.
10. Bessere Information der Genfer Bevölkerung über die Bedeutung der Gastfreundschaft gegenüber internationalen Organisationen für unsere Neutralitätspolitik. Dies ist besonders dringend, um der Verbreitung fremdenfeindlicher Thesen im bevorstehenden Wahlkampf vorzubeugen. Falls dies trotzdem geschieht, müsste von verantwortlicher Genfer Seite massiv und eindeutig geantwortet und berichtigt werden. Auch nicht-genferische Zeitungen mit internationaler Leserschaft, wie z.B. die NZZ, sollten in die Aufklärung eingeschaltet werden.

B. Demarchen der schweizerischen Beobachter-Delegation in New York

Dem schweizerischen Beobachter wird in der Zeit bis zum 28. Oktober eine besonders wichtige Funktion zufallen. Er sollte während dieser Zeitspanne sämtliche an der UNO-Generalversammlung teilnehmenden Delegationen über die wahren Verhältnisse in Genf und die schweizerischen Massnahmen zur Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten aufklären können. Die ausgezeichneten Beziehungen Botschafter Thalmanns müssen voll eingesetzt werden. Es wäre ferner zu prüfen, ob zur Erweiterung der Kontaktmöglichkeiten die Delegation personell noch verstärkt werden könnte.

C. Weitere Schritte beim UNO-Sekretariat in Genf und New York

1. Präzisierung der Massnahmen, die die Schweiz zur Unterstützung des Ausbaus des UNO-Gebäudes zu treffen bereit wäre.
2. Abklärung der Frage, wie der UNCTAD in Genf formell und protokollarisch eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung eingeräumt werden kann. Es ist undenkbar, dass Prebisch Spinelli unterstellt wird. Dies muss formell nach aussen zum Ausdruck gebracht werden.
3. Koordination der autonomen schweizerischen Massnahmen zur Schaffung neuer Konferenz- und Bureauräume (FIPOI und Lausanne) mit den Erweiterungsprojekten der UNO.

D. Diplomatische Aktion in den Hauptstädten

1. Festigung der Zusammenarbeit mit den Ländern, die aktiv für Genf eingetreten sind. Anerkennung der Unterstützung, die wir durch Frankreich, Belgien, Grossbritannien, aber auch durch Indien, Pakistan, Mexiko, die U.A.R. und Madagaskar erhalten haben.
2. Auftrag an sämtliche Botschaften, Demarchen in ihrem Gastland zu unternehmen, um die im Verlauf der Diskussion in Umlauf



gesetzten Missverständnisse über die schweizerische Haltung und die tatsächlichen Verhältnisse in Genf aufzuklären. Diese Orientierung sollte auf folgende Punkte hinweisen:

- a) Wenn die Schweiz keine Kandidatur aufgestellt hat, so vor allem deshalb, weil auf Grund des Amtssitzabkommens zwischen der Schweiz und der UNO die UNO das Recht hat, das UNCTAD-Sekretariat nach Genf zu verlegen. Aus diesem Grunde kann die Schweiz weder eine Kandidatur aufstellen noch diese etwa zur Erleichterung einer einstimmigen Lösung nachträglich zurückziehen.
- b) Unsere Zurückhaltung darf aber nicht als mangelndes Interesse an der UNCTAD oder als Vorbehalt gegenüber einer Etablierung des Sekretariats in Genf aufgefasst werden. Die Erklärungen des Bundesrates und des Genfer Regierungsrates sollten diesbezügliche Zweifel endgültig zerstreut haben.
- c) Die Schweiz ist der Auffassung, dass für die Wahl des Amtssitzes objektive und funktionelle Kriterien den Ausschlag geben sollten. Sie will deshalb den Entscheid des Rates in keiner Weise beeinflussen. Sie fragt sich aber, ob die für den New Yorker Beschluss zugunsten Genfs aufgeführten Kriterien nicht doch auch heute noch als stichhaltig angesehen werden müssen (Vorteil einer Schwerpunktbildung wirtschaftlicher Organisationen an einem Ort; Vermeidung von Verzögerungen durch Verwendung bestehender Konferenzdienste; Benützung der Ausstrahlungsmöglichkeiten, die die Genfer Plattform bietet, etc.).
- d) Falls aus funktionellen Gründen Genf bevorzugt wird, bestehen keine materiellen Hindernisse, diesen Beschluss durchzuführen. Die im Prebisch-Bericht erwähnten Schwierigkeiten sind temporärer Natur. Hinweis auf die konkreten Massnahmen, die von Seiten der Schweiz und Genfs bereits in Angriff genommen worden sind, um die gegenwärtige Ueberlastung zu überwinden.

- 18 -

e) Die Amtssitznahme der UNCTAD in Genf würde gegenüber anderen Lösungen keine zusätzlichen Kosten verursachen, im Gegenteil. Der Generalsekretär hätte von sich aus den Irrtum sofort berichtigen sollen, wonach die Sitznahme der UNCTAD in Genf eine <sup>nach Lausanne</sup> kostspielige Verlegung bestehender Institutionen/erfordere und eine Vergrösserung des UNO-Gebäudes in Genf bedinge. Das Erweiterungsprogramm der UNO in Genf ist seit zwei Jahren hängig und muss unabhängig von der Sitzfrage der UNCTAD durchgeführt werden. Umgekehrt müsste der Personalbestand der UNCTAD wesentlich vergrössert werden, wenn die UNCTAD vom UNO-Sitz getrennt würde und somit die bestehenden Konferenzdienste (Uebersetzer-, Dolmetscher-, Dokumentationsdienste) nicht verwenden könnte. Dies würde nicht nur höhere finanzielle Aufwendungen, sondern auch zeitliche Verzögerungen wegen Rekrutierungsschwierigkeiten bedingen.

3. Besonders intensive Bearbeitung der lateinamerikanischen Staaten, denen bei der endgültigen Beschlussfassung der Entwicklungsländer eine ausschlaggebende Rolle zukommen wird und zu denen die Schweiz traditionell besonders enge und freundschaftliche Beziehungen besitzt.
4. Sorgfältige Dokumentierung Dänemarks, da die dänische Delegation turnusgemäss an der Sondersitzung des UNCTAD-Rates in New York die westliche Gruppe präsidieren wird.

Bei Abschluss der Ratssession in Genf wurde von verschiedener Seite, vor allem auch von gewissen Delegationen der Entwicklungsländer, die Hoffnung ausgesprochen, dass es gelingen möge, Italien zum Verzicht auf die Römer Kandidatur zu bewegen. Dieser Verzicht würde im Interesse der UNCTAD liegen und für Italien politischen "goodwill" schaffen. Ein Druck in dieser Richtung kann von der Schweiz vor allem durch Betonung der Wünschbarkeit, in der Amtssitzfrage einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, unterstützt werden.

- 19 -

Geht an:

HH. Bundesrat Wahlen;  
Bundesrat Schaffner;  
Botschafter Micheli;  
Botschafter Stopper;  
Dr. Homberger;  
Direktor Redli;

Botschafter Thalmann, New York;  
Minister Bindschedler;  
Minister Burckhardt;  
Minister Lindt;

Schweizerische Botschaften;  
Schweizerische OECD-Delegation, Paris;  
Schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften, Brüssel;

HH. Dr. Dumont, EPD;  
Dr. Langenbacher, EPD; Hegner, EPD;

Lg, Wr;  
Bü, Mi, Mo;  
L, Si, And, Lu, Cd, D, Ve, Hy.

Beilage 1

TD/B/L.47/Add.7

Annexe

Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement

CONSEIL DU COMMERCE ET DU DEVELOPPEMENT

Deuxième session

Point 18 de l'ordre du jour

SIEGE DU SECRETARIAT DE L'UNCTADRésolution adoptée par le Conseil du commerce et du développement  
à sa 48ème séance plénière, le 13 septembre 1965Le Conseil du commerce et du développement

Rappelant la résolution 1995 (XIX) de l'Assemblée générale des Nations Unies,

Rappelant également la résolution 5 (I) du 28 avril 1965, adoptée par le Conseil à sa première session, ainsi que le rapport intérimaire que le Secrétaire général de la Conférence a présenté à la deuxième session du Conseil dans le document TD/B/27, concernant le siège du Secrétariat de l'UNCTAD,

Ayant examiné la question du siège du Secrétariat de l'UNCTAD,

Prenant note des discussions qui ont eu lieu à ce sujet pendant la deuxième session du Conseil du commerce et du développement,

Tenant compte des invitations présentées par divers gouvernements,

Considérant qu'il est nécessaire de disposer de renseignements comparatifs quant à la nature des diverses offres faites au sujet de l'emplacement du siège du Secrétariat de l'UNCTAD,

1. Décide qu'aucune nouvelle offre émanant des gouvernements ne sera prise en considération au-delà du 30 septembre 1965;
2. Prie le Secrétaire général de la Conférence de préparer un rapport comparatif complet au sujet des divers emplacements actuellement envisagés et de ceux qui seront proposés jusqu'au 30 septembre 1965, et de présenter ce rapport au Conseil et, par l'intermédiaire du Conseil, à la vingtième session de l'Assemblée générale, au plus tard le 28 octobre 1965;
3. Décide que le Conseil se réunira en session spéciale, pour une journée, le 28 octobre 1965, à New York, uniquement pour adopter une recommandation au sujet des offres susmentionnées émanant des gouvernements ainsi que de la recommandation contenue dans la résolution 5 (I) adoptée par le Conseil du commerce et du développement à sa première session, le 28 avril 1965.

- 2 -

4. Décide en outre d'adopter la procédure de scrutin suivante:
- a) La décision sera prise à la majorité des membres présents et votants par un vote portant simultanément sur les différents emplacements proposés;  
et
  - b) si aucun de ces emplacements n'obtient la majorité, les scrutins suivants ne porteront que sur les deux emplacements qui auront recueilli le plus de voix.
5. Décide en outre que, d'ici là, le Secrétariat de l'UNCTAD devra continuer à fonctionner selon les modalités actuelles, en ce qui concerne tant l'Office européen des Nations Unies que le Bureau de liaison de New York.
-

CONSEIL DU COMMERCE ET DU DEVELOPPEMENT

Deuxième session  
Point 18 de l'ordre du jour

TD/B/27  
27 août 1965  
Distr. GÉNÉRALE

RAPPORT INTERIMAIRE DU SECRETAIRE GENERAL DE LA CONFERENCE  
SUR LES QUESTIONS RELATIVES AU SIEGE DU  
SECRETARIAT DE L'UNCTAD

Rapport intérimaire sur la question du siège de secrétariat

Le rapport ci-joint, que le Secrétaire général de l'UNCTAD a établi conjointement avec le Directeur de l'Office européen des Nations Unies, est présenté au Conseil pour faire suite à la demande que ce dernier a formulée à sa 25<sup>ème</sup> séance, le 24 août 1965.

Rapport intérimaire sur la question du siège du secrétariat  
de l'UNCTAD

A sa première session, qu'il a tenue à New York du 5 au 30 avril 1965, le Conseil du commerce et du développement, tenant compte du programme de travail qu'il avait approuvé pour 1965/66 et de la nécessité urgente de donner au secrétariat de l'UNCTAD une base aussi stable et complète que possible, a recommandé que le siège permanent du secrétariat soit établi à l'Office européen des Nations Unies, à Genève. Le Conseil a en outre recommandé que le Secrétaire général de la Conférence crée, après avoir consulté tous les membres de la Conférence, un bureau de liaison au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York. Ce bureau de liaison comprendrait les services de secrétariat qui, de l'avis du Secrétaire général, seraient chargés d'assurer la coopération avec les services compétents du Secrétariat de l'Organisation au Siège, avec les institutions spécialisées des Nations Unies, ainsi qu'avec les autres institutions et organismes internationaux appropriés qui ont leur siège aux Etats-Unis.

En formulant cette recommandation, le Conseil du commerce et du développement a noté que l'Assemblée générale n'avait pas été à même, lors de sa dix-neuvième session, de donner suite dans le détail à l'Acte final de la Conférence, ni de décider du siège permanent du Secrétariat de la Conférence. Le Conseil a exprimé sa conviction qu'il était essentiel d'éviter les arrangements administratifs de fortune qui ne feraient que compromettre l'efficacité du fonctionnement du secrétariat et entraîner des frais inutiles. Dans sa résolution, le Conseil a reconnu également que le secrétariat de la Conférence devait collaborer étroitement et efficacement avec d'autres organisations internationales de caractère économique et commercial, dont un grand nombre ont leur siège en Europe. L'Assemblée générale devrait normalement examiner maintenant cette recommandation à sa vingtième session.

Au cours du débat qui a précédé l'adoption de cette recommandation, le représentant de l'Italie a fait savoir que le Gouvernement italien serait éventuellement prêt à mettre à la disposition de l'UNCTAD, à Rome, des bureaux et services de conférence appropriés, sans frais supplémentaires pour les Nations Unies.

Après l'adoption de la recommandation susmentionnée par le Conseil, le Secrétaire général a dû étudier, avec les autorités suisses, les dispositions à prendre pour installer la majeure partie du secrétariat de l'UNCTAD à l'Office européen des Nations Unies, le principal but recherché étant de faire en sorte que les Nations Unies puissent entreprendre ces nouvelles activités dans les meilleures conditions possibles. A cet effet, des consultations ont été engagées au début de mai 1965 entre les autorités suisses et le Secrétaire général et ses représentants, et ces consultations se sont poursuivies depuis lors.

De telles négociations exigeaient une préparation soignée, sur le plan tant administratif que politique. Les autorités suisses, tout en étant conscientes des difficultés dues au fait que Genève est, de toutes les villes comparables du monde, celle qui compte probablement la plus forte proportion d'étrangers et incontestablement la plus forte densité d'organisations internationales, ont néanmoins réaffirmé leur souhait constant d'offrir aux organisations internationales installées dans cette ville les meilleures conditions possibles de travail et de séjour. Elles ont informé le Secrétaire général que, pour atteindre cet objectif et répondre aux besoins des Nations Unies, elles examinaient de nouvelles possibilités et procédaient notamment à des enquêtes préliminaires pour voir s'il serait possible d'installer certains services des Nations Unies en dehors des limites de Genève, à Lausanne. Une étude serait faite au sujet des possibilités concrètes que pouvait offrir la ville de Lausanne, de façon que le Secrétaire général fût à même de déterminer si l'on pouvait envisager une décentralisation des services des Nations Unies, et jusqu'à quel point cette décentralisation pouvait être poussée.

Dès les premiers jours de juin 1965, avant le début des réunions prévues au programme de l'UNCTAD comme devant se tenir à Genève cette année, le Chef du Département politique fédéral suisse, qui avait personnellement suivi de très près toutes les négociations, a été en mesure d'informer le Secrétaire général que son Gouvernement serait heureux d'accueillir à Genève les membres du secrétariat de l'UNCTAD, leurs familles et les membres des délégations dont la présence serait indispensable à la bonne marche des nouvelles activités.

Il a également fait savoir au Secrétaire général qu'il étudiait avec les autorités du canton de Vaud la possibilité d'établir un centre international à Lausanne. Resterait à déterminer ultérieurement quels Services du Secrétariat des Nations Unies ou quelles organisations internationales on pourrait éventuellement installer dans un tel centre à Lausanne, afin de décongestionner la ville de Genève.

- 3 -

En juillet 1965, le Secrétaire général qui se trouvait alors à Genève, a pu discuter personnellement de la situation avec le Chef du Département politique fédéral suisse. Les membres du Conseil n'ignorent pas que la question du siège permanent du secrétariat de l'UNCTAD avait éveillé un très vif intérêt dans le public, et il était évident qu'il faudrait examiner de près tous les éléments nouveaux qui étaient apparus pendant cette période, ainsi que les diverses propositions avancées. Le Secrétaire général a indiqué dans le même temps qu'il n'avait pas encore pris de décision en la matière, mais qu'il avait l'intention de le faire en s'inspirant de toute recommandation que le Conseil pourrait juger bon de formuler, au cours de sa session d'août 1965, en tenant compte des faits nouveaux intervenus depuis sa précédente session.

Depuis lors, les négociations se sont poursuivies avec les autorités suisses en vue d'élucider certains points, et le 13 août 1965 le Conseil fédéral suisse a été en mesure de publier un communiqué. Les membres du Conseil ont peut-être déjà reçu copie de ce communiqué que les autorités suisses ont, semble-t-il, adressé également aux divers Ministères des affaires étrangères.

Ce communiqué fait ressortir l'attitude positive de la Confédération suisse et de la République et Canton de Genève en ce qui concerne l'installation du secrétariat de l'UNCTAD à Genève, afin que celui-ci soit à même de s'acquitter des tâches qui lui sont confiées. Il souligne également l'importance que la communauté des nations attache au rôle de la Suisse et les services de la Confédération, conformément à ses traditions, peut rendre du fait de sa neutralité permanente.

Des négociations ont été engagées avec les autorités suisses comme suite à la recommandation du Conseil du commerce et du développement. D'autre part, le Sous-Secrétaire d'Etat italien a rendu visite au Secrétaire général de la Conférence à New York et il lui a renouvelé l'offre du Gouvernement italien de mettre à la disposition de l'UNCTAD, à Rome, des bureaux et des services de conférence répondant aux besoins.

En ce qui concerne les facilités offertes à l'UNCTAD au Palais des Nations, il faut faire une distinction entre les bureaux et les salles de conférence.

Pour ce qui est des bureaux, la situation sera difficile jusqu'au moment où l'Organisation mondiale de la santé s'installera dans son nouveau bâtiment l'année prochaine. Toutefois, en transférant certains des services administratifs permanents dans des bureaux normalement occupés par des fonctionnaires affectés aux conférences, et en installant ces derniers dans des bureaux à deux ou à trois ou dans des bureaux loués à l'extérieur du Palais, on a pu trouver de la place pour les membres du secrétariat de l'UNCTAD à mesure qu'ils arrivaient à Genève, et il est raisonnable de penser que ce système pourra continuer à fonctionner au cours des prochains mois, malgré le fait que certains bureaux ne répondront pas aux conditions normalement requises et que le personnel devra être éparpillé sur plusieurs étages. Lorsque l'OMS aura déménagé



- 4 -

vers avril 1966, on envisage de procéder à une nouvelle répartition des locaux et l'on ne devrait guère avoir de difficulté à trouver alors de la place au Palais des Nations pour les 170 personnes qui constitueront probablement l'effectif du Secrétariat de l'UNCTAD à Genève en 1966.

Pour ce qui est des salles de conférence, les membres du Conseil n'ignorent certainement pas que le Secrétaire général des Nations Unies et le Comité consultatif pour les questions administratives et budgétaires se sont montrés à plusieurs reprises de plus en plus préoccupés par le fait que le programme général des conférences et réunions devient toujours plus chargé. Ils ont l'un et l'autre insisté en maintes occasions sur la nécessité de veiller à ce que ce programme général soit proportionné aux ressources disponibles.

En ce qui concerne le Palais des Nations, il convient de rappeler que ses salles de conférence sont utilisées non seulement par l'Organisation des Nations Unies elle-même, mais aussi par le Bureau International du Travail et l'Organisation mondiale de la santé, vis-à-vis desquels l'Organisation des Nations Unies a contracté des engagements formels, et par d'autres institutions spécialisées. Les activités de l'ensemble des organisations qui utilisent les salles de conférence du Palais ont plus que doublé au cours des dix dernières années (en 1964 le nombre des séances a dépassé 4 000).

Pour répondre à des besoins qui ne cessent d'augmenter, le Palais a trois grandes salles de conférence (outre la Salle des Assemblées et la Salle des Conseils) qui peuvent recevoir tous les membres et onze salles de dimension moyenne (dont sept seulement équipées pour l'interprétation simultanée) qui peuvent recevoir entre 60 et 100 participants. Les membres du Conseil comprendront aisément qu'avec des ressources aussi limitées il n'a jamais été facile jusqu'à présent de mettre au point un calendrier de conférences qui satisfasse tout le monde, et les besoins supplémentaires de l'UNCTAD risquent fort d'accroître encore ces difficultés à l'avenir. Si l'on s'impose toutefois certaines limites lors de l'élaboration et de l'exécution du programme de conférences et si ce programme est adapté aux ressources du Palais et tient compte des besoins de tous les usagers, les activités de l'UNCTAD, telles qu'elles sont actuellement envisagées pour 1966, ne devraient pas poser de problèmes très sérieux, sauf peut-être vers le milieu de l'année.

Il est certain, cependant, que si le nombre des conférences qui ont lieu à Genève continuait à s'accroître, on serait obligé d'aménager des salles de conférences supplémentaires. Il convient de citer à ce propos un bref passage de l'introduction du Secrétaire général au projet de budget pour 1966. Le Secrétaire général y rappelle, en effet, que "le Conseil du commerce et du développement a recommandé à sa première session, tenue à New York du 5 au 30 avril 1965, que le siège de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement soit établi à Genève. Si l'Assemblée générale approuve cette recommandation, il pourrait être indispensable d'accélérer la construction de salles de conférence supplémentaires au Palais des Nations, en raison du grand nombre de réunions que le Conseil du commerce et du développement et ses commissions et organes subsidiaires vont y tenir."

Beilage 3

Distr. GÉNÉRALE  
 TD/B/29  
 6 septembre 1965  
 Original: FRANÇAIS

Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement

CONSEIL DU COMMERCE ET DU DÉVELOPPEMENT

Deuxième session.

Point 18 de l'ordre du jour

RAPPORT INTERIMAIRE DU SECRÉTAIRE GÉNÉRAL  
 SUR LES QUESTIONS RELATIVES AU SIÈGE DU SECRETARIAT DE L'UNCTAD

Renseignements

sur les mesures prises et envisagées par les  
 autorités suisses et genevoises en faveur  
 des organisations internationales à Genève

soumis par la Délégation suisse

Le rapport intérimaire du Secrétaire général de la Conférence sur les questions relatives au siège de l'UNCTAD (TD/B/27, du 27 août 1965) a amené un certain nombre de délégations à s'enquérir sur les incidences possibles des différents projets de construction en faveur des organisations internationales à Genève pour résoudre la congestion croissante au Palais des Nations. La Délégation suisse, après consultation avec le Secrétaire général, est heureuse de fournir les éclaircissements suivants:

1. La Confédération suisse et les autorités genevoises ont créé au début de cette année la "Fondation des immeubles pour les organisations internationales" (FIPOI). L'objet de cette fondation, qui ne poursuit aucun but lucratif, est de mettre à la disposition d'organisations internationales ayant leur siège à Genève ou tenant des conférences internationales dans cette ville des immeubles dans la région du Palais des Nations. A cet effet, la fondation peut construire des immeubles, en devenir propriétaire, les gérer ou en faciliter la construction de toute autre manière.
2. Le premier objet de cette fondation est la construction d'un grand Centre de conférences à la Place des Nations à Genève, qui comprendra 4 salles de conférence de 800, 400, 160 et 100 places, avec toutes les dépendances nécessaires, une maison de presse comprenant des bureaux pour la presse internationale, des studios de radio et de télévision, ainsi que divers locaux annexes, de même qu'un centre de télécommunications se divisant en locaux pour le service des messageries, avec bureaux pour les délégués, office de poste et un centre technique des télécommunications apte à répondre aux besoins particuliers des conférences et de la presse.

Le projet de Centre de conférences tiendra compte des besoins des Nations Unies. Il est exécuté en étroite collaboration avec le siège européen des Nations Unies. Son exécution et son utilisation seront coordonnées avec un éventuel projet d'agrandissement du Palais des Nations. La mise en oeuvre de ce projet débutera encore ce mois. Les bâtiments seront mis à la disposition des utilisateurs dans deux, au maximum trois ans. Le financement du projet est

assuré par un crédit initial de la Confédération de 45 millions de francs. Le terrain sera mis à la disposition de la fondation par les autorités genevoises. Les organisations internationales qui feront usage du Centre de conférences n'auront donc pas à contribuer à son financement, qui est entièrement assuré par la Suisse. Les organisations n'acquitteront qu'un prix de location non commercial (taux d'amortissement de 1% par an environ).

3. Un deuxième projet de la FIPOI concerne la construction d'un bâtiment administratif dans le voisinage et en complément du Centre de conférences. Ce bâtiment comprendra, outre les bureaux, 2 salles de conférence de 100 et 60 places et 3 salles de groupe de 44, 30 et 26 places qui pourront être mises à la disposition des organisations intéressées, surtout celles utilisant le Centre de conférences. Le financement est également assuré par la Suisse. Les bureaux et salles de conférences seront mis à disposition sur une base locative non commerciale.
4. Outre ces projets de la FIPOI, les mesures suivantes ont été prises par les autorités suisses et genevoises pour faciliter l'agrandissement ou la modernisation des installations des organisations internationales à Genève et pour permettre leur croissance:
  - a) modernisation et agrandissement du Palais des Nations: prêt de 8,5 millions de francs par les autorités suisses, qui n'a pas encore été utilisé;
  - b) installation d'une nouvelle centrale téléphonique pour le Palais des Nations. Cette centrale fonctionnera dès la fin septembre 1965;
  - c) achèvement du nouvel immeuble de l'OMS :
    - prêt de 40 millions de francs par les autorités suisses,
    - le terrain a été mis à la disposition de l'OMS par le Canton de Genève.
 Au début de l'année prochaine, le personnel de l'OMS sera transféré et libérera ainsi, au Palais des Nations, un grand nombre de bureaux dont 120 pourront apparemment être attribués à l'UNCTAD. Le nouveau bâtiment de l'OMS comprendra des salles de conférence et des salles de commission, ce qui déchargera le Palais des Nations, sauf pour la Conférence générale annuelle;
  - d) construction à Genève d'une nouvelle centrale téléphonique et télégraphique internationale permettant de doubler la capacité des communications internationales actuelles. Cette centrale entrera en fonction en automne 1965.
5. Le marché à loyer libre tend à une certaine stabilisation. Par la construction de nouveaux hôtels, la capacité de Genève a été augmentée à 11.000 lits, notamment pour des grandes conférences internationales.
6. De 1953 à 1963, la Confédération et le Canton de Genève ont accordé aux organisations internationales à Genève un montant de 59 millions de francs suisses en prêts et 18 millions de francs à fonds perdu pour la construction, l'agrandissement et la modernisation des bâtiments et des installations. Le versement de nouveaux crédits des autorités suisses en faveur d'organisations internationales à Genève dépassant 100 millions de francs suisses est envisagé.

Beilage 4

## Déclaration du Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève au Conseil du Commerce et du Développement

\*\*

Au moment où le Conseil du Commerce et du développement discute du lieu où sera installé le siège permanent du secrétariat de sa conférence, le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève, se référant au message du Gouvernement suisse du 24 août 1965, tient à déclarer qu'à la suite des consultations qu'il a eues avec le Conseil Fédéral à ce sujet, il lui a donné son plein accord pour l'établissement de ce nouveau siège à Genève.

Le Conseil d'Etat serait donc heureux si une suite favorable était donnée par le Conseil du Commerce et du Développement à la recommandation formulée le 28 avril à New York.

Sachant que cette décision s'inscrirait dans l'accord de siège qui fait de Genève le Centre européen des Nations Unies, et conscient de la grande importance de la conférence du commerce et du développement et de l'espoir qu'elle a fait naître dans le monde, le Conseil d'Etat affirme qu'il fera tout ce qui est en son pouvoir pour faciliter ses travaux dans notre ville.

Il tient à rappeler à cette occasion que le peuple genevois a toujours été conscient du grand honneur qui lui a été fait par les nations du monde, lorsque Genève a été choisie par elles comme lieu de rencontre et comme siège de nombreuses organisations internationales. Cette haute mission est conforme à ses aspirations humanitaires qu'il a manifestées notamment à la fin du siècle dernier, en appuyant l'initiative d'Henry Dunant et de plusieurs autres de ses concitoyens lors de la fondation du Comité international de la Croix-Rouge.

Sur le plan des idées et de la culture, le caractère éminemment international de son Université, l'existence de l'Institut des hautes études internationales, l'organisation chaque année des Rencontres internationales où s'affrontent écrivains, penseurs, savants, philosophes, la création de l'Institut africain, sont autant d'éléments qui témoignent du désir de Genève d'être toujours davantage un point de contact pour tous les hommes de bonne volonté, à quelque pays qu'ils appartiennent.

C'est pourquoi les autorités genevoises ont toujours tenu à remplir leur devoir en mettant à disposition les terrains et les bâtiments nécessaires à l'activité des institutions internationales, ou en facilitant de nouvelles constructions à cet effet.

- 2 -

Certes, depuis une quinzaine d'années, cette tâche s'est-elle considérablement amplifiée, par le développement de toutes les organisations internationales, concurremment avec la création de nouvelles institutions. Cet accroissement réjouissant s'est déroulé parallèlement à la forte expansion démographique du Canton de Genève, qui pendant ce même laps de temps, a vu sa population passer de 200 000 à 300 000 habitants environ. Il s'en est donc suivi une importante surcharge dans les travaux d'équipements publics et privés, ainsi que quelques heurts, bien compréhensibles dans l'adaptation de la population genevoise, formée de Genevois, de Confédérés et d'étrangers, à ces conditions nouvelles. Les Autorités genevoises, conscientes de cette situation, ont donc recherché et réalisé ces derniers mois une coopération renforcée avec les autorités fédérales, qui est un gage de leur volonté commune d'assumer pleinement leurs devoirs envers l'activité internationale à Genève.

C'est dans cet esprit qu'a été créée une fondation entre la Confédération et le Canton de Genève (FIPOI), dont les premiers objectifs sont la construction d'un nouveau centre de conférences, doté d'installations pour la presse, et la coopération avec le Bureau international du travail (BIT) pour la construction de son nouvel édifice et le rachat de son bâtiment actuel.

Les remous que ces modalités pratiques ont pu déclencher ont donné l'occasion à la population genevoise de confirmer par son vote du 4 avril dernier, sa volonté de poursuivre sa mission internationale avec l'appui financier accordé par les Chambres fédérales, sur la proposition du Gouvernement suisse.

En conséquence, les Autorités genevoises sont décidées à poursuivre sans désespérer, avec l'aide de la Confédération suisse, cet effort, afin de mettre à disposition des Nations Unies les installations dont elles ont besoin, dans un délai aussi rapide que possible.

Dans l'intervalle, par la coopération active et confiante avec le secrétariat de l'Office européen des Nations Unies et, s'il y a lieu, avec le secrétariat de votre conférence, le Conseil d'Etat est certain que seront trouvées les solutions capables de permettre le déroulement normal des institutions internationales en général et de la conférence du commerce et du développement en particulier.

Il est heureux que le Canton de Genève puisse ainsi participer, dans la mesure de ses moyens, à la politique de neutralité active de la Suisse au service de la paix dans le monde.

\*\*\*

Genève, le 1er septembre 1965

Déclaration de la Délégation suisse  
concernant le point 18 de l'ordre du jour de la deuxième  
session du Conseil du commerce et du développement:

"Rapport intérimaire du Secrétaire général de la Conférence sur  
les questions relatives au siège du Secrétariat de l'UNCTAD".

Les autorités suisses et genevoises ont vu dans la recommandation prise à New York une volonté clairement définie du Conseil. Nous avons compris, en particulier, que le Conseil désirait un démarrage rapide des activités de l'UNCTAD afin de faire face au plus tôt aux problèmes urgents et angoissants des pays en voie de développement. Il nous est apparu que, pour faciliter ce démarrage rapide, le Conseil avait désiré s'appuyer sur l'infrastructure existante des Nations Unies à Genève, qu'il désirait permettre au Secrétariat de collaborer étroitement et efficacement avec d'autres organisations internationales de caractère économique et commercial, qui ont leur siège à Genève, et qu'il souhaitait pouvoir bénéficier pour ses travaux et ceux du Secrétariat de l'existence d'une documentation abondante, concentrée dans plusieurs bibliothèques spécialisées de Genève.

Face à cette volonté claire et nette du Conseil, nos autorités ont voulu répondre de la façon la plus positive. Conformément à notre tradition d'accueil d'organisations et de conférences internationales, nous avons identifié les mesures qui devraient être prises et les améliorations qui devraient être apportées aux conditions qui règnent actuellement à Genève pour répondre pleinement à l'attente du Conseil. Je ne veux pas récapituler ces mesures; elles sont contenues dans le document TD/B/29 du 6 septembre 1965 qui a été mis à la disposition de toutes les délégations. Je soulignerai seulement que ce document traduit en des termes très concrets la volonté des autorités suisses de faire tout ce qui entre dans leur sphère de responsabilités pour que non seulement le Secrétariat mais aussi les délégations puissent coopérer à Genève dans les conditions les meilleures possibles.

Cela dit, nous admettons volontiers que même un pays industrialisé connaît des problèmes d'infrastructure et doit entreprendre un effort spécial - rendons-en grâce à l'impulsion donnée par l'UNCTAD - pour les résoudre.

Le débat qui s'est engagé au cours de la présente session du Conseil a montré que la volonté unanime et claire du Conseil, que nous avons cru discerner à New York, s'est effritée. Il semble en particulier qu'une émotion - d'ailleurs compréhensible - se soit emparée de certains du fait du référendum lancé à Genève afin de soumettre à la décision du peuple genevois la question du financement de la Fondation des immeubles pour les organisations internationales. Nous sommes conscients du fait que des discussions publiques, qui sont le moyen même par lequel fonctionnent nos institutions démocratiques, aient pu susciter des doutes quant à l'attitude du peuple genevois à l'égard des organisations internationales. En réalité, par un vote positif, le peuple genevois a confirmé qu'il était conscient de la mission internationale de sa ville. Permettez-moi, Monsieur le Président, de vous donner, sur ce point, en résumé, lecture d'un message du Gouvernement genevois.

Après avoir endossé pleinement la déclaration suisse du 24 août 1965, le Gouvernement du Canton de Genève déclare et je cite :

"Le Gouvernement genevois tient à rappeler à cette occasion que le peuple genevois a toujours été conscient du grand honneur qui lui a été fait par les nations du monde, lorsque Genève a été choisie par elles comme lieu de rencontre et comme siège de nombreuses organisations internationales."

En ce qui concerne la situation actuelle, le Gouvernement genevois se prononce de la manière suivante :

"Certes, depuis une quinzaine d'années, les tâches se sont considérablement amplifiées par le développement de toutes les organisations internationales, concurremment avec la création de nouvelles institutions. Cet accroissement réjouissant s'est déroulé parallèlement à la forte expansion démographique du Canton de Genève qui, pendant ce même laps de temps, a vu sa population passer de

200 000 à 300 000 habitants environ. Il s'en est donc suivi une importante surcharge dans les travaux d'équipements publics et privés, ainsi que quelques heurts, bien compréhensibles, dans l'adaptation de la population genevoise, formée de Genevois, de Confédérés et d'étrangers, à ces conditions nouvelles. Les autorités genevoises ont donc recherché et réalisé ces derniers mois une coopération renforcée avec les autorités fédérales, qui est un gage de leur volonté commune d'assumer pleinement leurs devoirs envers l'activité internationale à Genève.

Les autorités genevoises sont décidées à poursuivre sans désespérer, avec l'aide de la Confédération suisse, cet effort, afin de mettre à disposition des Nations Unies les installations dont elles ont besoin, dans un délai aussi rapide que possible."

On a déjà mentionné cet après-midi que le Secrétaire général, de son côté, a montré clairement et avec toute l'objectivité voulue, dans son rapport intérimaire du 27 août 1965, que rien ne s'oppose à la mise en oeuvre de la recommandation de New York. Le rythme de recrutement n'a pas été freiné par un manque de bureaux. Si dans les mois à venir des difficultés passagères devaient se présenter, il existe à Genève des locaux qui peuvent à tout instant être mis à la disposition des Nations Unies.

Nous admettons volontiers que l'embarras du Conseil provient moins de certaines lacunes qui ont été constatées dans les conditions de travail, mais qui seront comblées avec toute la diligence désirable, que des considérations nouvelles apportées à l'examen du problème du siège. Le débat que nous avons eu ce matin et cet après-midi a montré qu'aux considérations fonctionnelles qui étaient à la base de la recommandation du Conseil du 28 avril s'ajoutaient des considérations d'ordre politique, notamment l'opportunité de fixer le siège dans des pays en voie de développement.

La Délégation suisse ne souhaite pas se prononcer sur ces nouvelles considérations et encore moins contester leur validité. Elle n'affirme pas non plus que Genève soit la seule ville capable



- 4 -

d'abriter les services du Secrétariat dans des conditions satisfaisantes. C'est pourquoi la Suisse s'est d'ailleurs toujours abstenue de plaider un point de vue national ou de poser une candidature quelconque. Ni la Suisse ni Genève ne visent à conserver un monopole des institutions internationales. Nous concevons notre responsabilité uniquement sous l'angle des services que nous pouvons rendre à la communauté des nations lorsque cela est la volonté éclairée et ferme des pays qui le lui demandent. Nous ne voudrions pas qu'il y ait des malentendus à ce sujet; nous ne voudrions pas qu'un certain nombre de délégations viennent à Genève à contrecœur. Nous laissons au Conseil la responsabilité des décisions qui lui paraissent propres à assurer à l'UNCTAD les meilleures conditions de départ et les plus grandes chances de succès dans l'accomplissement des tâches essentielles qui lui incombent.

Et permettez-moi, Monsieur le Président, d'exprimer l'espoir, en concluant, que nous pourrions désormais concentrer nos efforts, le plus tôt possible, sur les questions de substance que nous sommes venus discuter ici, sans utiliser nos efforts et notre temps dans la discussion de questions d'organisation et d'administration.

10.9.1965.